



LESEZEICHEN

BILDANSICHT



NACHRICHTEN

Radikalenerlass: Land soll sich entschuldigen

Stuttgart rai Vertreter der Regierungsfractionen von Grunen und SPD treffen sich Mitte Juni zum ersten Gespräch mit Betroffenen des Radikalenerlasses. Die Betroffenen, die als linke Verfassungsfeinde eingestuft worden waren, fordern eine Entschuldigung des Landes sowie zum Teil finanzielle Entschädigung. Mit dem Erlass wurde in den Jahren 1972 bis 1991 versucht, Mitglieder extremistisch eingestufte Organisationen aus dem Staatsdienst zu entfernen beziehungsweise von ihm fernzuhalten.

Grün-Rot zeigt wenig Neigung, die Forderungen sofort zu erfüllen. Die Grunen wollen erst eine wissenschaftliche Aufarbeitung, und SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel sagte gegenüber unserer Zeitung: 'Wir sagen bestimmt nicht: Das war alles Unrecht.'

Landesnachrichten **Seite 5**

#